

**Vertrag der
CDU, FDP, BBK und PIRATEN
in der Kolpingstadt Kerpen**

**über eine Koalition für eine moderne und
zukunftsorientierte Kolpingstadt Kerpen
für die Zeit von 2015 bis 2020**

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
1. Haushalt, Verwaltung und Interkommunale Zusammenarbeit.....	4
2. Schule, Jugend und Bildung	5
3. Wirtschaft und städtische Entwicklung	7
4. Soziale Verantwortung und gesundheitliche Vorsorge	8
5. Gesellschaft, Vereine, Integration und politische Partizipation	9
6. Infrastruktur, Umwelt und Energie	12
7. Freiheit und Sicherheit	13
8. Arbeitsweise der Koalition	14

Präambel

Stabilität für ein modernes und zukunftsorientiertes Kerpen, dies werden die Parteien von CDU, FDP und PIRATEN sowie die Wählergemeinschaft BBK in den kommenden fünf Jahren ermöglichen. Gemeinsam repräsentieren diese Partner seit der Kommunalwahl 2015 51 % der Kerpener Wählerinnen und Wähler. Gemeinsam werden diese Partner für 100 % der Kerpener Bürgerinnen und Bürger eine verlässliche Kommunalpolitik betreiben. Die Fraktionen von CDU, FDP und BBK/PIRATEN laden dabei alle Akteure der Kerpener Politik ein, auf dieser stabilen Basis im Interesse der Bürgerinnen und Bürger fünf erfolgreiche Jahre für Kerpen mitzugestalten.

Unser Ziel ist es für die Zukunft unserer Kolpingstadt eine solide Basis zu schaffen. Eine Basis, die die richtigen und notwendigen Antworten auf den bevorstehenden Strukturwandel in der Region findet und die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt schafft. Über 16 Jahre wurden Entscheidungen in Kerpen mit wechselnden Mehrheiten gefasst. Oftmals hat dies funktioniert, oftmals aber auch zu Unberechenbarkeit für alle Beteiligten und nicht abgeschlossenen oder zumindest langen Entscheidungsprozessen geführt. Nun werden wir für die Bürgerinnen und Bürgern, die Unternehmen, Vereinen und Verbänden sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen die Kerpener Politik unideologisch, pragmatisch und effizient gestalten.

Bei allen guten und wichtigen Vorstellungen, die wir in den fachpolitischen Einzelbereichen haben, die Eindämmung der Verschuldung des Kerpener Haushalts und die Schaffung finanzieller Gestaltungsräume haben für uns Priorität. Zentraler Baustein sind für uns dabei Maßnahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit; wir wissen dabei einen Bürgermeister an unserer Seite die diese Maßnahmen auch bei Abgabe von eigenen Kompetenzen gemeinsam mit uns umsetzen wird. Ohne eine vernünftige Haushaltsführung können keinerlei Investitionen in unsere städtische Gemeinschaft, in unseren Wirtschaftsstandort und Lebensraum erfolgen. Diese soziale, wirtschaftliche und ökologische Verantwortung werden CDU, FDP, BBK und PIRATEN übernehmen. Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, weiteren Einwohner und künftigen Generationen der Kolpingstadt Kerpen.

Die Koalitionspartner werden in diesem Sinne gemeinsam und Seite an Seite die Kerpener Politik in den kommenden Jahren gestalten. Gleichzeitig respektieren wir unterschiedliche Schwerpunkte und Ideen unserer Parteien, Fraktionen und Stadtverordneten. Solche können für Politik und Gesellschaft nie von Schaden sein. Sie zeigen Dynamik und Offenheit für anderes, neues Denken. Wir begrüßen insofern alle Ideen, auch solche von Akteuren außerhalb unserer Koalitionsgemeinschaft; alle Initiativen die Kerpen modern und zukunftsfähig gestalten, werden unsere Unterstützung erfahren. Diese Koalition wird einen Politikstil etablieren, der offen für dieses neue und andere Denken ist, der Vorstellungen aus allen Teilen von Gesellschaft und Politik aufgreifen wird und der im Ergebnis eine verlässliche und berechenbare Politik in unserer Kolpingstadt Kerpen begründen wird.

Zwischen den Parteien und Fraktionen besteht Einvernehmen in folgenden fachpolitischen Themen:

1. Haushalt, Verwaltung und Interkommunale Zusammenarbeit

Der städtische Haushalt ist seit Jahren durch ein strukturelles Defizit belastet. Dieses beträgt zuletzt in 2015 ganze 11 % des Einnahmevermögens. Kerpen geht es damit nicht besser als allen anderen Mitgliedern der kommunalen Familie, welche im Verhältnis zu den oberen staatlichen Ebenen deutlich mehr Lasten zu tragen haben. Das Erreichen des Haushaltsausgleichs auf Bundesebene darf dort nicht zur Mentalität beliebiger zusätzlicher Ausgaben des Bundes führen. Stattdessen muss schnellstmöglich die kommunale Familie entlastet werden. Maßnahmen der letzten Bundesregierung, die zur Entlastung der Kommunen eingeführt worden sind, müssen konsequent fortentwickelt werden. Sie haben Priorität vor jedweder Ausweitung von vermeintlichen Wohltaten, die aus den sozialdemokratisch dominierten Ministerien aufgezwungen werden. Kerpen wird im kommunalen Verbund eben diese Entlastung der Kommunen einfordern und befördern.

Die Koalition wird parallel für eine sparsame Haushaltsführung sorgen und Maßnahmen verschiedener Art prüfen, um dieses Ziel weiter zu erzielen. Es ist dabei durchaus möglich Kosten zu sparen und gleichzeitig Service auszuweiten. Ein mehr an Service kann und wird die Dynamik der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen befördern. Parallel und zeitnah werden wir eine Organisations-, Effizienz-, und Aufgabenuntersuchung durchführen, welche in ähnlicher Weise beim Kreis bereits hohes Einspar- und Optimierungspotential aufgezeigt hat. Ein weiteres Instrument hierbei kann auch eine Weiterentwicklung der Personalkostenbudgetierung mit einer dezentralen Ressourcenverantwortung sein. Wir wissen hierbei den Bürgermeister an unserer Seite und werden gemeinsam für eine dynamische Verwaltung und damit Stadt sorgen sowie gleichzeitig Kosten senken.

Diese Maßnahmen, welche alle stadintern umgesetzt werden, bilden für uns aber nicht das vollständige Potential für eine sparsamere Haushaltsführung und effizientere sowie bürgernähere Verwaltung dar. Dieses vollständige Potential werden wir insbesondere durch Maßnahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit, Digitalisierung des Workflows und der Aufgabenreduzierung erreichen. Hierdurch werden wir Kosteneinsparungen bei gleichzeitiger Serviceerhöhung erreichen. Die Koalitionspartner werden dies partnerschaftlich mit dem Bürgermeister erarbeiten. Dies ist auch deshalb so notwendig, weil Bürgermeister und Verwaltung zur Kompetenzabgabe bereit sein müssen, um Interkommunale Zusammenarbeit in vielen Bereichen durchführen zu können. Die Partner von CDU, FDP, BBK und PIRATEN wollen dabei insb. folgende Projekte Interkommunaler Zusammenarbeit prüfen: Gemeinsame Bußgeldstellen, Gemeinsames Rechnungsprüfungsamt (analog Beispiel Brühl/Wesseling), Regionale Bauhöfe zur Unterhaltung der Straßen und Grünanlagen, Zusammenlegung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörden zu einem regionalen Willkommenscenter, Zusammenlegung der Rechtsämter/Vergabestellen. Allen betroffenen Beschäftigten erwächst hieraus kein Nachteil.

Städtische Finanzmittel werden oftmals durch Verträge gebunden. Diese sind nicht grundsätzlich ungünstig für die öffentliche Hand gestaltet, oftmals aber kann in der Rückschau festgestellt werden, dass private Vertragspartner bessere Konditionen ausgearbeitet hätten. Die Koalition wird deshalb im Sinne von ‚Gutem Regieren‘ (Good Governance) städtische Verträge überprüfen, gegebenenfalls neu ausschreiben und einen Vertragsspiegel durch Verwaltung erstellen lassen. Die Einbindung externen Rechtssachverständigen kann dabei förderlich sein, um städtische Finanzmittel

kostensparender einzusetzen. Ein Beispiel aus unserer Stadt ist die Überprüfung und Neuvergabe des Versicherungsverträge. Kosten werden oftmals durch spontane politische Einfälle generiert, die in einer soliden Ursprungsplanung nicht vorhanden waren. Das Beispiel des Flughafens Berlin-Brandenburg ist ein Paradebeispiel hierfür. Aus diesem Grund werden die Partner bevorstehende Neuvergaben von Verträgen umfassend und (für die vorgesehene Vertragslaufzeit) abschließend planen. Dies zeigt, dass solides und berechenbares politisches Handeln städtische Finanzmittel einsparen hilft.

Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, möchten wir Kooperationen zwischen privater Wirtschaft und öffentlichen Institutionen verstärken. Wir werden Bereiche der Gemeinwirtschaft für privaten Wettbewerb öffnen, sofern es für die Bürgerinnen und Bürger nützlich, kostensparend oder qualitätssteigernd sein kann. Bei Kooperation mit Privaten werden wir unsere städtischen Unternehmer und die der rheinischen Region fokussiert betrachten.

Ideen für Kosteneinsparungen kommen dabei nicht aus der Politik alleine; wir werden auch offen für Ideen von nicht-politischer Seite sein. Wir laden deshalb Bürgerinnen und Bürger einerseits ein, an der Erarbeitung der städtischen Haushalte mittels des Verfahrens eines Bürgerhaushaltes (bspw. auch verbunden mit einem Bürgersparwettbewerb) mitzuwirken. Notwendig hierfür ist eine bessere Information der Stadtbevölkerung durch erfassbare und verständliche Maßnahmen. Andererseits laden wir die Verwaltung (Belegschaft und Personalrat) ein, über ein intelligentes und niedrigschwelliges Ideenmanagement, deutlichere Anreize für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen, eine bessere Verwaltung zu schaffen. Beides Bürgerhaushalt und ein Ideenmanagement der Verwaltung sind deshalb erklärte Ziele der Koalition.

2. Schule, Jugend und Bildung

Jugend braucht Bildung, Jugend braucht Räume und Jugend braucht die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Dies sind für die Partner von CDU, FDP, BBK und PIRATEN Überzeugungen die keine weitere Rechtfertigung bedürfen. Gleichzeitig bildet eine gut ausgebildete Jugend, eine Jugend die ihre Stadt und Region zu lieben, zu leben gelernt hat und sich als Teil ihrer Gesellschaft fühlt, die Grundlage für eine zukunftsorientierte und moderne Stadt – eine Stadt die nachhaltig ist und eine solide wirtschaftliche Grundlage besitzt. Die Koalition wird deshalb die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, um die Basis für eine qualitativ gute Bildung zu sichern und weiterzuentwickeln, der städtischen Jugend Räume zur Entfaltung jedes Einzelnen ermöglichen und sie als gleichwertige Mitglieder der städtischen Gemeinschaft verstehen.

Die Partner werden deshalb die Qualität der Schulinfrastruktur sichern. Der Sanierungsstau an Schulen wird überprüft und schnellstmöglich abgestellt. Dort wo es sinnvoll ist, werden wir auch im Rahmen einer Schulentwicklungsplanung Schulen zusammenlegen, wenn dies im Einvernehmen mit Schülern und Eltern durchgeführt werden kann. Zeitgemäße Bildung werden wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten fördern. Wir laden die Schulen daher ein, gemeinsam Konzepte für eine stärkere Vermittlung von Wissen über digitale Fertigkeiten (Informatik allgemein, Programmieren, digitales Design und Ergonomie usw.) sowie über Wirtschaft und Verbraucherwissen zu entwickeln. Gerade aus diesem Grund wollen wir auch die

modernsten Fachräume für Unterricht in Naturwissenschaften, Technik und Informatik erhalten bzw. ausbauen.

Weiterhin wollen wir Hochschul- und Fachhochschuleinrichtungen in unserer Stadt etablieren. Beispiel hierfür ist die Kooperation der Fachhochschule des Mittelstandes (FHMTEC) aus Pulheim mit dem Adolf-Kolping-Berufskolleg und dem Energie-Kompetenzzentrum in Kerpen-Horrem oder der Rheinischen Fachhochschule mit dem dem Gutenberg-Gymnasium in Bergheim. Parallel kann die bewusste Ausrichtung unserer Stadtteile für Studierende der Region ein Mittel zur Einbindung junger, hochqualifizierter Frauen und Männer sein. Wir wollen deshalb die Attraktivität der infrastrukturell besonders gut gelegenen Stadtteile Horrem und Sindorf für Studierende weiter erhöhen; die Etablierung zweier Studentendörfer kann hierbei ein Ziel sein. Eine solche Integration von Hochschulen und Fachhochschulen in unsere städtische Bildungslandschaft wird sicherstellen, dass wir auch künftig Fachkräfte für Industrie, Handwerk und Handel haben werden.

Auch die Jüngsten wollen wir weiter gerecht und ohne Hürden fördern. Wir werden uns deshalb für den Ausbau der Kindertagesplätze und den Bau von Kindertageseinrichtungen (KiTas) einsetzen. Hierbei setzen wir auch auf die Partnerschaft mit privaten Investoren und Betreibern; dabei ist die örtliche Handwerkerschaft prioritär einzubinden. Durch den Ausbau bedingte steigende Elternbeiträge lehnen wir grundsätzlich ab. Bei KiTa-Platzvergaben sollen insbesondere Familien, in denen Alleinerziehende oder beide Elternteile berufstätig sind, tendenziell bevorteilt sein; entsprechendes gilt auch für einen vom Jugendamt festgestellten dringenden Bedarf. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss künftig noch besser umgesetzt werden; KiTas ohne Ferienschlusszeiten und einzelne KiTas mit längeren Öffnungszeiten sind hier erklärtes Ziel der Partner.

Die Freizeitangebote für unsere städtische Jugend werden wir erhalten und ausbauen. Nur wenn sich unsere Jugend mit ihrer Stadt identifiziert, wird sie auch später in unserer Stadt leben wollen. Die Etablierung von Jugendcafés neben den bereits verwurzelten Jugendzentren kann eine solche Möglichkeit darstellen. Die in Vereinen und Verbänden organisierte Jugendarbeit werden wir weiter fördern. Weitere Möglichkeiten wollen wir gemeinsam mit der Jugend besprechen und umsetzen. Hierbei setzen wir auch auf eine direkte politische Partizipation der Jugend über ein Jugendparlament in der Kolpingstadt Kerpen.

Im schulischen, wie auch außerschulischen Bereich vertrauen wir auf die Entscheidung der Eltern, wenn es um die Zukunft ihrer Kinder geht. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist dabei eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, welche aber nicht gegen den Willen der Eltern erfolgen kann. Dabei werden wir für eine ganzheitliche Information der Eltern hinsichtlich der Bedürfnisse ihrer Kinder mit Behinderungen sorgen. Bei der Umsetzung der Vorgaben der Landesregierung zur schulischen Inklusion werden wir deshalb darauf achten, dass dem Elternwillen entsprechender Raum gegeben wird. Wir werden darauf drängen, dass das Land seinen Finanzierungspflichten vollumfänglich nachkommen wird. (Dieser Absatz ist weitgehend aus dem Kreis-Koalitionsvertrag 2012-2014)

In der Schulpolitik des Landes werden aus Sicht der Koalitionspartner oftmals ideologische Kämpfe ausgetragen. Dies geht zu Lasten einer vernünftigen und stabilen Schulpolitik vor Ort. Die Bevorzugung einzelner Schulformen zu Lasten anderer

Schulformen werden wir deshalb nicht mittragen. Wir wollen ein vielfältiges Angebot an Bildungseinrichtungen in unserer Kolpingstadt Kerpen ermöglichen.

3. Wirtschaft und städtische Entwicklung

Die Kolpingstadt Kerpen liegt verkehrsgünstig an zwei Bundesautobahnen und einer europäischen Eisenbahnmagistrale. Sie ist Bestandteil des rheinischen Wirtschaftsraums im Städteeck Aachen, Köln, Bonn und Düsseldorf. Die wirtschaftliche Geschichte unserer Region wird durch den Braunkohleabbau dominiert, gleichwohl hat unsere Stadt Stärken in vielen weiteren Wirtschaftsbereichen (insb. der Logistik). Doch im eben bedeutenden Energiewirtschaftszweig steht unserer Stadt ein Strukturwandel im Rahmen der national, europäisch und international gewünschten Energiewende bevor. Die Koalition wird diesen Wandel aktiv gestalten und für eine wirtschaftlich stabile Zukunft der Stadt sorgen.

Wir werden unsere städtische Wirtschaftsförderung weiterhin im regionalen Verbund forcieren und eine stärkere Effizienz der verschiedenen Ebenen anstreben. Kirchturmdenken lehnen wir ab und werden stattdessen auf die Ressourcen der Wirtschaftsförderung im Kreis und der Region (Metropolregion Rheinland, Innovationsregion Rheinisches Revier, Region Köln/Bonn) zurückgreifen, um unsere Stadt gemeinsam mit unseren kommunalen Nachbarn zu entwickeln. Wir sind überzeugt, dass wir alleine wenig, gemeinsam im Rheinland aber viel erreichen können.

Die Kolpingstadt Kerpen hat in den vergangenen Jahren die Aktivierung der beiden autobahnnahen Stadtteile von Sindorf und Kerpen erfahren. Die Befürchtungen nach einer Verödung der Innenstadtbereiche unserer Städte haben sich zwar nicht realisiert, allerdings müssen die Auswirkungen weiter beachtet werden. Unser Ziel wird es daher in den kommenden Jahren sein, die Innenstädte zu attraktiveren, Leerstände zu vermeiden und auch in den kleineren Ortsteilen eine umfassende Nahversorgung (inkl. Vollsortimenter) zu gewährleisten.

Neben der wirtschaftlichen Attraktivierung der Innenstädte gehört für uns auch eine Verbesserung der Lebensqualität in den Wohnquartieren zur Aufgabe der städtischen Entwicklung. Wir werden diese Aufgabe ebenso konsequent wahrnehmen, wie auch innovativ forcieren. Als zentrale Räume werden wir uns dabei mit der Verbesserung der Situation in der Maastrichter Straße, Buchenhöhe und Eifelstraße befassen. Eine solide Stadtentwicklungsplanung bildet für uns dabei die Grundlage und wird durch innovative und unkonventionelle Ansätze ergänzt.

Wir schließen die Erhöhung der Gewerbesteuer aus und beabsichtigen im Rahmen der finanziellen Möglichkeit der Stadt zur Mitte der Laufzeit des aktuellen Haushaltssicherungskonzepts eine Senkung der Gewerbesteuer zu überprüfen. Bei der Umsetzung von Projekten öffentlich-privater Partnerschaft wollen wir vorrangig die örtliche Handwerkerschaft einbinden.

Den bereits geplanten Ausbau des Breitbandnetzes in Kerpen werden wir konsequent umsetzen und dabei die notwendigen Voraussetzungen gemeinschaftlich mit den investierenden Telekommunikationsunternehmen schaffen. Gleichzeitig wollen wir an zentralen Punkten in der Kolpingstadt Kerpen (bspw. Bahnhof Horrem) ein Frei-WLAN einrichten.

4. Soziale Verantwortung und gesundheitliche Vorsorge

Als Geburtsstadt Adolph Kolpings hat Kerpen eine besondere soziale Verantwortung. Die Bewahrung des sozialen Friedens und Sicherung der sozialen Stabilität ist hier nicht nur eine bürokratische Aufgabe, sondern gelebte gemeinschaftliche Praxis.

Die beste Politik auf Grundlage der sozialen Verantwortung besteht dabei in der nachhaltigen Stärkung der städtischen Wirtschaftskraft und des sozialen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Daher müssen die Kommunen innovative Konzepte des Aufbaus und der Förderung sozialer Netzwerke entwickeln. Die Stadt selber sollte hier vor allem als Moderator auftreten. Soziale, ehrenamtliche Initiativen wie beispielsweise die Kerpener Tafel, Café Lichtblick oder das Kerpener Hospiz werden von uns daher unterstützt. Die Sozialraumarbeit werden wir wie bereits in der Vergangenheit geschehen weiter fördern.

Unterstützung für Bedürftige ist für die Koalitionspartner eine wichtige staatliche Aufgabe. Menschen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, muss unbürokratisch, schnell, gerecht und unter Wahrung und Anerkennung ihrer Würde geholfen werden. Dies werden wir als Koalitionspartner Hand in Hand mit dem Bürgermeister und der Verwaltung weiterhin gewährleisten und der Verwaltung dafür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Gleichzeitig werden wir ebenfalls gemeinsam Optimierungen vornehmen, wo diese möglich sind. Ein solches Verbesserungspotential sehen wir etwa bei der Heimunterbringung Jugendlicher gegeben. Zudem werden die Koalitionspartner die Förderung der Bekämpfung der Kinderarmut weiter fortsetzen.

Unsere soziale Verantwortung muss sich aber auch in der Stadtplanung widerspiegeln: Für Senioren ist in allen Stadtteilen Bedarf an seniorengerechten, barrierefreien Wohnungen und ebenso Bedarf an ambulanten Pflegeplätzen gegeben. Eine ausreichende ärztliche Versorgung gehört ebenfalls dazu. Es ist nachvollziehbar, dass ältere Menschen gerne in ihrer vertrauten Umgebung, wo ihre Bekannten wohnen und wo soziale Verbindungen – etwa in Vereinen – bestehen, wohnen bleiben möchten. Auf der anderen Seite wird die eigene Wohnung oft zu groß oder ist nicht altersgerecht, angefangen bei Schwierigkeiten beim Treppensteigen. Die Partner von CDU, FDP, BBK und PIRATEN werden diese Wünsche ernstnehmen und für ein besseres Lebensumfeld für Senioren sorgen.

Wir werden uns weiterhin um die Integration und soweit gewünscht die Inklusion unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Behinderung kümmern. Unser besonderes Anliegen ist die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Raums und die Schaffung von mehr Wohnraum für Menschen mit Behinderung.

Im Rahmen der städtischen Kompetenzen werden wir für die Aufrechterhaltung bestehender und Einführung neuer politischer Maßnahmen in den Bereichen der Gesundheit und des Schutzes unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen. So wollen wir in den städtischen Gebäuden Defibrillatoren installieren und werden die hohe Leistungs- und Einsatzbereitschaft der Feuerwehr (insb. auch der Freiwilligen Feuerwehr) und des Rettungsdienstes erhalten.

Die derzeitige Drogen- und Suchtpolitik wird von vielen Experten, u.a. Polizeivertretern und Strafrechtsexperten, zunehmend kritisch betrachtet wird, da sie mit den

grundgesetzlichen Vorgaben der Strafgesetzgebung nur schwer in Einklang zu bringen ist und die Rechtsdurchsetzung zudem hohe Ressourcen der Polizei bindet. In immer noch hohen Teilen der Bevölkerung herrscht jedoch weiterhin Skepsis hinsichtlich der Legalisierung von so genannten weichen Betäubungsmitteln wie Cannabis. Die Koalitionspartner sind sich bewusst, dass sie hierbei ebenso unterschiedliche Überzeugungen über eine Beibehaltung der Strafverfolgung oder Legalisierung haben. Da diese Frage jedoch nicht auf städtischer Ebene geklärt werden wird, werden wir bei einer sich veränderten Rechtslage, etwaige Veränderungen im Interesse der Bürgerschaft in der Kolpingstadt Kerpen unbürokratisch und ohne eine Politik der Blockade ermöglichen.

5. Gesellschaft, Vereine, Integration und politische Partizipation

Gesellschaft und Politik in einer modernen und zukunftsorientierten Stadt sind heute stärker aufeinander bezogen als in den vergangenen Jahrzehnten. Der berühmte ‚Gang zum Amt‘ existiert nicht mehr. Verwaltung und Politik sind bürgerorientiert; werden oftmals auch als kundenorientiert bezeichnet. Dies ist auch das Selbstverständnis der Koalitionspartner. Wir wollen die Kerpener Bürgerschaft niedrigschwellig, d.h. ohne Schranken, Distanz und komplizierte, langwierige Verfahren einbinden. Bei diesem modernen Verständnis der Beziehung von Politik, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern, Verwaltung und Bürgerschaft setzen CDU, FDP, BBK und PIRATEN besonders auf die Vereins- und Verbandsstrukturen, welche in der Kolpingstadt Kerpen traditionell sehr stark sind, aber auch auf eine umfassende Integrationspolitik und neue Formen politischer Partizipation in unserer digitalisierten Zeit.

Wir werden die politische Unterstützung für die besonders durch Vereine und Verbände geprägte städtische Kultur, den lokalen Sport und die Heimatpflege weiter aufrechterhalten und im Rahmen der verfügbaren Ressourcen intensivieren. Die tiefergehende Belastung der Vereine und Verbände durch Gebühren und Abgaben lehnen wir ab, weil Vereine und Verbände mehr Nutzen als Kosten für die städtische Gemeinschaft bedeuten. Im Rahmen der Konsolidierung des städtischen Haushaltes sehen wir dabei allerdings auch die Notwendigkeit, dass Vereine und Verbände, die städtische Ressourcen nutzen, sich auch stärker um deren Unterhaltung und Instandhaltung kümmern müssen.

Gelebte Integration ist für die Koalitionspartner ein wichtiger Bestandteil einer weltoffenen und zukunftsorientierten Stadt; einer Stadt, die auf den sozialen und kulturellen Zusammenhalt, die Bewältigung des demografischen Wandels und die Chancengerechtigkeit auch für künftige Generationen ausgerichtet ist. Wir sehen Vielfalt als Gewinn an, Integration ob im Kindergarten, der Schule oder der Nachbarschaft ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in Kerpen. Wir wollen, dass kulturelle und religiöse Vielfalt in allen Bereichen des Lebens selbstverständlich wird.

Integration ist dabei ein wechselseitiger Prozess. Wenn die städtische Gemeinschaft Angebote schafft, die die Integration erleichtern, kann sie von Migrantinnen und Migranten erwarten, dass sie diese nutzen. Wir lehnen es ab, wenn sich Parallelgesellschaften bilden. So ist der Erwerb der deutschen Sprache, bei gleichzeitigem Beherrschen der eigenen Muttersprache, Grundlage einer gelebten und respektvollen Integration. Wir werden uns deshalb sowohl für eine gute Beherrschung der deutschen Sprache von Migrantinnen und Migranten, als auch für Kenntnisse ihrer Muttersprache einsetzen. Die Mehrsprachigkeit ist zudem eine wichtige Qualifikation für den Einzelnen

und eine wichtige Ressource für die Gesellschaft. Die Integration und Förderung gerade auch von Migranten begreifen wir als Chance den Fachkräftemangel abzuschwächen.

Wir bekennen uns weiterhin zu seiner ausgeprägten Willkommenskultur, die gerade zur Zeit der Flüchtlingskrise unsere Gemeinschaft auszeichnet. Wir erwarten aber von Bund und Land die notwendige finanzielle und personelle Unterstützung. Jenen, die bei uns ihre neue Heimat gefunden und eine konkrete dauerhafte Bleibeperspektive bekommen haben, werden wir die Türen in unsere Gesellschaft und Wirtschaft öffnen.

Wir wollen die Zahl der Einbürgerungen erhöhen und die Willkommenskultur in Kerpen pflegen. Das soll weiterhin durch eine jährliche Einbürgerungsfeier unterstrichen werden. Denn die Koalitionspartner verfolgen das Ziel, die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Wer sich einbürgern lässt und die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, wird gleichberechtigte Bürgerin oder gleichberechtigter Bürger unseres Landes mit allen Rechten und Pflichten. Die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen ist das Ziel unserer Integrationspolitik. Sie ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, deshalb werden wir dieses Politikfeld aufwerten und den Integrationsrat stärker in die Ratsarbeit miteinbeziehen. Wir wollen weiterhin die interkulturelle Kompetenz in der Kerpener Verwaltung erhöhen. Gleichberechtigung gilt dabei auch im Bereich der Einbindung der Migrantinnen und Migranten mit ihrem kulturellen und religiösen Leben in die Kerpener Gesellschaft und zwar ohne das zusätzliche, ungerechtfertigte Hürden aufgebaut werden. Deshalb haben wir die Befreiung des Sargzwangs und die Möglichkeit der Bestattung nach islamischem Ritus eingeführt. Nun werden wir deshalb den hier ansässigen muslimischen Gemeinschaften (möglicherweise in Interkommunaler Zusammenarbeit) die Betreibung eines muslimischen Friedhofs oder Teilfriedhofs anbieten.

Politik wird heute nicht mehr alleine von der Politik betrieben. Die politische Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen ist vielmehr der zentrale Baustein einer modernen und zukunftsorientierten städtischen Polis. Dieses basisdemokratische Verständnis in der Praxis zu leben und die Möglichkeiten hierfür zu erhöhen, ist gemeinsames Ziel der Partner von CDU, FDP, BBK und PIRATEN. Wir sehen hierbei die Einführung und niedrigschwellige Umsetzung eines Bürgerhaushaltes als geeignetes Maßnahme an. Weiterhin wollen wir ein Bürgerportal etablieren, welches online-gestützt den Bürgerinnen und Bürgern eine einfachere Möglichkeit der Teilhabe und Teilnahme an der Kerpener Ratspolitik und Kommunikation mit der Stadtverwaltung ermöglicht. Wir geben ihnen damit mehr Möglichkeiten sich politisch wie gesellschaftlich zu informieren und zu einbringen – hierzu soll auch weniger, übersichtlichere und zugänglichere Bürokratie beitragen. Die technologische Revolution demokratisiert auch die Chancen, welche die Freiheit bietet. Die Nutzung neuer Technologien ermöglicht uns eine, vor kurzem noch unvorstellbare, Teilhabe an der Welt. Die bereits existierenden Instrumente der politischen Partizipation (bspw. Bürgerwerkstätte, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid) wollen wir weiter nutzen und fördern. Die Arbeit des Rates und seiner Gremien wollen wir in einem hinsichtlich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses vertretbaren Rahmen transparenter gestalten. So werden wir den Versuch für ein Streaming der Ratssitzungen starten. Dieses wird nach zwei Jahren evaluiert und wird die Persönlichkeitsrechte der einzelnen Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter wahren. Letztlich wollen wir auch das Engagement der einzelnen Bürgerinnen und Bürger für ihre städtische Gemeinschaft stärker honorieren. Hierzu streben wir weitere Initiativen nach dem Beispiel der Ehrenamtskarte, etwa eine

Ehrenamtsbörse, sowie die Überarbeitung der Ehrenordnung der Kolpingstadt Kerpen an. Mit diesem umfangreichen Maßnahmenkatalog wollen die Koalitionspartner die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Kolpingstadt Kerpen weiter erhöhen und fördern.

Auch die städtische Kulturpolitik werden die Koalitionspartner im gesellschaftlichen Interesse weiter vorantreiben. Das gute städtische Kulturprogramm soll deshalb kostendeckend weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig sind die privat finanzierten Kulturangebote wie Museen, Veranstaltungen, Konzerte usw. weiter zu fördern. Die Stadt soll besser mit diesen privaten Anbietern von Kulturangeboten und auch mit den kulturtreibenden Vereinen zusammenarbeiten, um so ein für die Bürgerinnen und Bürger abgerundetes und gleichzeitig finanziell tragbares Kulturangebot zu sichern. Gleichzeitig wollen wir die städtischen Versammlungsstätten attraktiveren und ihre Auslastung für kulturelle, sportliche und gesellschaftliche Zwecke steigern. Zudem streben wir die Etablierung eines Kulturzentrums sowie eines Kulturfestivals in der Kolpingstadt Kerpen, möglichst mit freien Trägern, an.

Eine Stadt mit rund 65.000 Einwohnerinnen und Einwohnern braucht eine zukunftsorientierte Sportpolitik. Wir sind überzeugt, dass wir moderne und ausgelastete Sportstätten für die Vereine und Bürgerinnen und Bürger bereithalten müssen. Besser sind hochwertige Anlagen, statt eine Vielzahl von maroden Anlagen. Die Koalition wird sich deshalb für eine Sportstättenplanung einsetzen, die alle breit, langfristig und nachhaltig organisierten sportlichen Aktivitäten, denen unsere Sportlerinnen und Sportler nachgehen, integriert und für diese moderne Sportstätten bietet. Zum Erreichen dieses Ziels, bei möglichst gleichen Unterhaltungs-, und Reinvestitionsmitteln, sind wir auch bereit Sportstätten zusammenzulegen.

Öffentliche Bäder gehören zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Unser Familienbad Erftlagune zwischen den Stadtteilen Horrem und Sindorf befindet sich in einem deutlich verbesserungsnotwendigen Zustand. Das Bad muss, um es weiter zu erhalten, saniert werden. Dies kostet Geld – viel Geld. Hier sehen wir uns als Koalitionspartner gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in der Pflicht und werden die Unterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sorgfältig und mit wirtschaftlicher Vernunft vornehmen. Das bedeutet vor allem nicht unüberlegt und ohne gründliche Prüfung eine Sanierung anzustoßen und aus der Not heraus Aufträge zu vergeben. Wie schwierig es ist hier bei der Auftragsvergabe alle Unwägbarkeiten abzuschätzen, zeigt das neue Schul- und Vereinsbad in Kerpen, das schon kurz nach der Inbetriebnahme erhebliche Mängel aufweist. Das darf bei der Sanierung Erftlagune nicht passieren. Daher ist jederzeit genau zu prüfen, in welchem Maße saniert werden muss, damit unser Familienbad nach erfolgter Sanierung auch für viele Jahre zu vertretbaren Betriebskosten weiter betrieben werden kann.

Partnerschaften auf internationaler Ebene sind in einer globalisierten Welt ein Mittel zur Vernetzung der Gesellschaften untereinander und tragen zur besseren Bewältigung der neuen Herausforderungen unserer Generation bei. Diesen Gedanken verwirklichen wir in der Kolpingstadt Kerpen bereits seit 40 Jahren mit der deutsch-belgischen Partnerschaft mit St. Vith und seit knapp 20 Jahren mit der deutsch-polnischen Partnerschaft mit Oswiecim. Diese werden insbesondere durch Jugendbegegnungen und Austausch verschiedener, engagierter zivilgesellschaftlicher Gruppen getragen. Sie vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern auch soziale und (fremd)sprachliche Kompetenzen. Insbesondere Kinder und Jugendliche entwickeln und festigen durch

kulturelle Anreize ihre geistigen Potenziale und sozialen Kompetenzen. Wir in Kerpen wollen daher qualitativ hochwertige Veranstaltungen für Bildung und Begegnung organisieren, die gezielt deutsche und ausländische Jugendliche zusammenbringen. Der Austausch zwischen Verwaltungen kann zudem neue Perspektiven schaffen und frische Ideen in die jeweiligen Partnerverwaltungen bringen. Auch regionale Partnerschaften auf wirtschaftlicher Ebene werden zunehmend wichtiger, um neue Handels- und Wirtschaftspartner im europäischen Raum zu gewinnen und somit die heimische Wirtschaft durch die Partnerschaftsaktivitäten der Kolpingstadt zu unterstützen. Wir werden deshalb für unsere Kinder und Jugendlichen, für eine moderne, innovative Verwaltung und eine stabile und florierende Wirtschaft bestehende Partnerschaften ausbauen.

6. Infrastruktur, Umwelt und Energie

Das Straßen- und Radwegenetz muss auch in Zukunft instand gehalten werden. Eine attraktive Ausgestaltung der Übergänge verschiedener Mobilitätsformen hilft bei der Bewältigung der kommenden Infrastrukturherausforderungen und dient dem veränderten Mobilitätsverhalten unserer Bürger. Bei Verkehrsprojekten werden wir weiterhin verstärkt die Bürgerinnen und Bürger im Planungsprozess beteiligen.

Viele Kerpener Bürgerinnen und Bürger nutzen für ihre täglichen Erledigungen oder Wege zur Arbeit verstärkt Rad, Bus und Bahn. Die Entfernungen zwischen den Stadtteilen sind dabei auf einem moderaten Level, der zunehmend mehr Menschen zur Anfahrt zu den wichtigen Bahnhöfen Sindorf und Horrem via Fahrrad überzeugt. So ist der S-Bahnhof Sindorf mit Niveauunterschied von Kerpen-Mitte 4 km und der Bf. Horrem mit Regionalexpressanschluss und ohne Niveauunterschied 5,5 km entfernt. Von der Ortsgrenze Türnich/Balkhausen kann der Bf. Horrem nach knapp 8 km erreicht werden. Ähnlich geringe Entfernungen haben wir Blatzheim, Bergerhausen und Manheim-neu nach Buir und Sindorf. Diese Entfernung ist für zunehmend mehr Menschen insb. auch durch die Einführung der eBikes und Pedelecs attraktiv geworden. Hierauf muss die Infrastruktur in Kerpen reagieren. Die Koalitionspartner wollen deshalb Radwege besser unterhalten und befahrbarer machen. Weiterhin sind die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, eBikes und Pedelecs zu verbessern und ihr Schutz vor Raub und Vandalismus durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen. Letztlich werden die Koalitionspartner die Einführung eines niedrighwelligen Fahrradverleihsystems nach Beispiel Kölns (KVB-Rad) bzw. der Ruhrmetropolregion (metropolrad-ruhr) prüfen. CDU, FDP, BBK und PIRATEN werden die Intermodalität in Kerpen insgesamt verbessern; eine Benachteiligung von Autofahrern lehnen wir ab, gleichzeitig müssen Angebote für Nicht-Autofahrer aber verbessert werden.

Die Menschen in unserer Kolpingstadt erkennen ein neues Bedürfnis nach Natur und Schutz unserer städtischen Umwelt. Wir wollen deshalb die Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr geringstmöglich halten. Der Erhalt wichtiger Wald-, Frei- und Ackerflächen ist von zunehmender Bedeutung. Umwandlungen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung hinsichtlich der Notwendigkeiten der Sicherung von Unternehmen mit ihren Arbeitsplätzen, der Verkehrsinfrastruktur und den Anforderungen des Naturschutzes. Zur Kompensation von Flächenverbrauch werden wir generell den Raum neben der Erft und weitere Flächen ökologisch aufwerten. Den Grünvernetzungsplan werden wir weiter verfolgen. Gleichzeitig wollen wir die Selbstverantwortung der Kerpener Bürgerinnen und Bürger im Bereich des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes weiter fördern und einfordern.

Auch in der Kolpingstadt Kerpen wollen wir uns im Rahmen unserer Zuständigkeit am Ziel der Reduktion von Treibhausgasen beteiligen. Wir wollen zu diesem Zweck die energetische Optimierung der städtischen Gebäude vorantreiben. Geeignetes Mittel hierbei ist das Energiespar-Contracting, bei welchem wir mit privaten Partnern Sanierungen und Optimierungen durchführen und somit mittel- und langfristig Kosten einsparen können. Neu- und Erweiterungsbauten werden wir energieressourcenschonend errichten. Gleichzeitig begreifen wir die Energiewende auch als Chancen für die mittelständische Wirtschaft in unserer Kolpingstadt. Besondere Bedeutung hat dabei auch das Energie-Kompetenz-Zentrum des Rhein-Erft-Kreises in Kerpen-Horrem, mit welchem wir die Kooperation ausbauen wollen. Dieses bietet eine geeignete Plattform um die Bürgerinnen und Bürger darin unterstützen, Fördermittel der zuständigen Institutionen zu nutzen.

In den vergangenen Jahren haben wir deutschlandweit den Trend zu einer Rekommunalisierung energiewirtschaftlicher Bereiche erlebt. Auch wir befürworten diesen Ansatz in bestimmten Bereichen und wollen die Gründung von Stadtwerken zügig vorantreiben. In diesen Stadtwerken könnte insbesondere der Netzbetrieb, die Energieerzeugung und der Vertrieb im Energiesektor verankert werden.

Das Bus- und Bahnangebot in der Kolpingstadt Kerpen wollen wir beibehalten und womöglich optimieren. Als geeignetes Mittel hierbei sehen wir den verstärkenden Rückgriff auf Ruf-/Bürgerbusse.

Die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Schwerlastverkehr wollen wir weiter verringern. Deshalb werden weitere Möglichkeiten Schwerlastverkehr aus den Orten herauszubringen geprüft. Hierbei werden wir besonders auch die Situation auf Parallelrouten zu den Autobahnen im Blick halten.

7. Freiheit und Sicherheit

Sicherheit und Freiheit schließen sich in einer Demokratie nicht aus, im Gegenteil: Sie bedingen sich. Angst macht unfrei. So wie es jedoch keine Freiheit geben kann, ohne eine Freiheit von Furcht, so darf es in unserer Gesellschaft keine Sicherheit geben, die wir uns mit Furcht vor einer entgrenzten, allumfassenden Überwachung und Bewertung unserer Leben durch den Staat erkaufen. In diesem Bewusstsein werden wir mit unserer Politik beide Werte in Einklang bringen: Gesundheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger unserer Kolpingstadt zu schützen, ohne dafür die unspezifische Überwachung des öffentlichen oder privaten Raumes auszuweiten.

Wir werden unnötige Freiheitseingriffe verhindern. Deswegen lehnen die Koalitionspartner auch eine zu starke optische Reglementierung wie zu früheren Zeiten im Vogelrutherfeld ab.

Freiheit ist der Motor unserer Gesellschaft. Das Recht des Einzelnen sich in allen Bereichen des Lebens frei zu entfalten, und im Leben frei gewählte Ziele mit frei gewählten Mitteln zu verfolgen, die beispiellose technologische Dynamik, die freies Lehren, Lernen und Forschen freisetzt, die Vielfalt der Chancen, die ein freier, globaler Markt bietet, Güter und Wohlstand zu generieren – all dies hat im Verlauf der vergangenen 60 Jahren zu einer historisch einmaligen Ära der Prosperität und des Friedens in Deutschland wie in Europa beigetragen. Wir werden auf diese Stärken auch

in unserer städtischen Gemeinschaft setzen und mehr Freiräume für bürgerschaftliches und kulturelles Engagement schaffen.

Sicherheit ist die Basis für gesellschaftliches Zusammenleben. Hierzu gehört auch das Bild einer sauberen Kolpingstadt Kerpen für uns und unsere Gäste. Wir wollen, dass sich jeder in unserer Stadt sicher und zu Hause fühlt; der Kriminalität werden wir vorbeugen. Den Ordnungsdienst werden wir deshalb im derzeitigen Umfang beibehalten und auf notwendige Veränderungen zügig reagieren. Wir setzen uns weiterhin konsequent für mehr Präsenz des Ordnungsdienstes an den „kritischen Ecken“ ein.

8. Arbeitsweise der Koalition

Zur zeitnahen und wirksamen Umsetzung dieses Vertrages findet grundsätzlich einmal im Quartal eine Koalitionsrunde statt. Die Koalitionsrunde besteht aus den Fraktions- und Parteivorsitzenden von CDU und FDP, den Ratsmitgliedern von BBK und PIRATEN, zwei weiteren Vertretern der CDU, dem Bürgermeister sowie den der Koalition beigetretenen fraktionslosen Ratsmitgliedern. Weitere Teilnehmer werden im gegenseitigen Einvernehmen eingeladen. Federführung für die Einladung zur Koalitionsrunde liegt jeweils für die zweite Runde eines Jahres bei der Fraktion von BBK/PIRATEN, für die vierte Runde bei der FDP und für die übrigen Runden bei der CDU.

Zu Vorlagen der Verwaltung und anderer politischer Akteure werden die Partner von CDU, FDP, BBK und PIRATEN grundsätzlich einheitliche Vorgehensweisen abstimmen.

Die Koalitionspartner respektieren unterschiedliche Schwerpunkte und Ideen der Parteien, Fraktionen und Stadtverordneten. Anträge, Anfragen und Initiativen von Koalitionspartnern werden wir mit gegenseitiger Rücksichtnahme formulieren, in die Ratsgremien einbringen und dort lösungsorientiert beraten. Wir sind uns dabei bewusst, dass nicht alle individuellen Vorstellungen realisiert werden können; werden hierzu aber jeweils ein abgestimmtes Vorgehen im Sinne einer harmonischen Zusammenarbeit suchen, die genügend Raum für die inhaltlich individuelle Positionsbestimmung der Koalitionspartner lässt.

Ergänzend zu diesem Vertrag können aus gegebenem Anlass weitere Vereinbarungen getroffen werden.

Kerpen, den 19. Oktober 2015

Mario Baldin
Vorsitzender
CDU Kerpen

Christian Pohlmann
Vorsitzender
FDP Kerpen

David Held
Ratsmitglied
Freie Wählergruppe
Bürger Bündnis Kerpen

Klaus Ripp
Vorsitzender
CDU-Fraktion

Hubert Erkes
Vorsitzender
FDP-Fraktion

Bernd Janotta
Ratsmitglied
Piratenpartei Kerpen